

# ZU HAUSE AUF DER ÖLPLATTFORM

Es war eine revolutionäre Idee, die in ihrer Abwendung von der wachstumsorientierten globalen Entwicklungsideologie neue Maßstäbe hätte setzen können: Die internationale Gemeinschaft zahlt in einen ecuadorianischen Fond, und die dortige Regierung verpflichtet sich im Gegenzug dazu, die laut offiziellen Schätzungen 960 Milliarden Fässer Öl im Nationalpark Yasuní im Boden zu lassen. Da internationale Zahlungen aber weitgehend ausblieben, wurde die Initiative im August 2013 für gescheitert erklärt, und der Präsident Ecuadors Rafael Correa verkündigte am 15. August die Intervention in den Förderblöcken 31, bekannt unter dem Namen ITT (Abkürzung für die Ölfundorte Ishpingo, Tambococha y Tiputini), und 43 auf dem Gebiet des Nationalparks Yasuní an.

## DER WETTLAUF UM YASUNÍ BEGINNT

Drei Tage später, am 18. August 2013, gründete sich die Initiative YASunidos als Kollektiv verschiedener Individuen und Gruppierungen mit dem gemeinsamen Ziel der Erhaltung des Yasuní. Dabei beruft sich die Initiative auf die 2008 verabschiedete Verfassung Ecuadors, die als eine der ersten weltweit die Natur als Rechtssubjekt begreift und ihr als solche eigene, einklagbare Rechte zugesteht. Außerdem sind in der Verfassung weitgehende Rechte der indigenen Gemeinschaften verankert, darunter die verpflichtende Konsultation der lokalen Bevölkerungsgruppen bei geplanter Extraktion von Naturressourcen. Auf dieser Grundlage startete YASunidos am 14. Oktober 2014 die Sammlung von 580.000 notwendigen Unterschriften für eine Volksabstimmung zur Frage, ob in den Blöcken 31 und 43 Öl gefördert werden darf.

## BEDROHUNG DER GLOBALEN ARTENVIELFALT

Das 1979 zum Nationalpark erklärte Gebiet Yasuní, in den beiden Provinzen Orellana und Pastaza im Nordwesten des ecuadorianischen Amazonasgebiets, ist mit seinen 9.823 km<sup>2</sup> Fläche eine der Regionen mit der höchsten Biodiversität weltweit und könnte als eine der größten zusammenhängenden geschützten Flächen im Amazonasbecken, angesichts dessen fortschreitender

Zerstörung, eine wichtige Rolle als globaler CO<sub>2</sub>-Lieferant spielen. Sollte es zu einer

Erdölförderung im Yasuní kommen, befürchten Wissenschaftler/innen jedoch ein weit größeres Ausmaß an Rodungen und verseuchtem Gebiet als das von der Regierung proklamierte 1 % der Gesamtfläche des Nationalparks, vor allen Dingen in Folge des Baues von Transportwegen, der Lagerung des hochgiftigen Mülls und der bis heute unvermeidbaren Austritte von Öl und Formationswassern.

## BEDROHUNG INDIGENER TERRITORIEN UND LEBENSWELTEN

Abgesehen von seiner zentralen Bedeutung für Flora und Fauna ist Yasuní aber auch Teil des Territoriums indigener Gemeinschaften. Der gesamte Nationalpark liegt im Gebiet der Huaorani (Waorani), eines halbnomadisch lebenden indigenen Volkes, dessen Lebensform sich vor allem auf Jagd stützt. 1990 erkannte der ecuadorianische Staat 612.560 Hektar dieses Gebiets als Territorium der Huaorani an, ein Drittel des ursprünglichen Ausmaßes von zwei Millionen Hektar und selbst das ist nicht vor Eingriffen durch extraktivistische Firmen geschützt. Circa die Hälfte des den Huaorani zugesprochenen Gebietes war vor 1990 auch Teil des Nationalparks, durch die Erklärung zum „indigenen Territorium“ hob sich der legale Schutz vor Naturressourcenausbeutung auf. Im ausgewiesenen Gebiet der Huaorani konnte die Erdölausbeutung also, seit der „Befriedungsmaßnahmen“ durch Missionen wie dem US-amerikanischen evangelischen Programm SIL (Sommerinstitut für Linguistik) weitgehend ungehindert voranschreiten und führte so zu einem tiefen Einschnitt in die Lebenswelten und -formen der Huaorani, deren traditionelle Lebensweise in

der von Ölfirmen zerstört und bestimmten Umwelt nicht mehr möglich ist, und die so in eine Abhängigkeitssituation getrieben wurden.

### **DAS RECHT AUF ABGESCHIEDENHEIT**

Doch sind die Wälder des Nationalparks Yasuní, auch wenn von Regierungsseite derzeit anders dargestellt, auch Heimat der Tagaeri und Taromenane, zweier in freiwilliger Abgeschiedenheit lebender Clans der Huaorani. Werden die Förderpläne umgesetzt, wäre diese Freiheit akut gefährdet bis unmöglich. Schon in der Vergangenheit haben sich die Auswirkungen der schwerwiegenden Eingrenzung des Territoriums und der Zerstörung des Waldes als Lebensgrundlage der in Abgeschiedenheit lebenden Gruppen gezeigt: seit den 90er-Jahren kam es zu Auseinandersetzungen verschiedener Clans der Huaorani, zuletzt 2013 zwischen den Taromenane und einer evangelisierten Gemeinde. Aus offizieller Sicht passen diese Vorkommnisse gut in das Bild der Huaorani als kriegerischste Gruppe der indigenen Gemeinschaften des ecuadorianischen Regenwaldes, auf deren Konflikte von Seiten des Staates mit der Suche der „schuldigen“ Mitglieder der betroffenen Gemeinden und deren Festnahme reagiert wurde. Alicia Cahuiya, Vizepräsidentin der Organisation der Huaorani NAWA, kritisiert dieses Verhalten scharf: zum einen das Eindringen bewaffneter und verummter Truppen auf dem Gebiet der Huaorani, zu dem keine Genehmigung vorlag und das ihrer Meinung nach die Konflikte zwischen den Huaorani nur noch mehr anstachelt, und zum anderen die Festnahme und Überführung Angehöriger der indigenen Gemeinschaft an die Justiz des Staates, der mit seiner Politik des Extraktivismus die Auseinandersetzungen erst heraufbeschworen hat. Abgesehen davon sei die Bedeutung einer Festnahme und angedrohten Haftstrafe für die Huaorani als freie Bewohner/innen weitläufiger Territorien im Regenwald für die in Städten und befestigten Siedlungen lebende Mehrheitsbevölkerung in keiner Weise nachvollziehbar.

### **DER KAMPF IST NOCH NICHT VERLOREN**

Am 12. April 2014 übergeben YASunidos dem nationalen Wahlamt CNE 757.623 Unterschriften, ein Drittel mehr Stimmen als notwendig. Das Kollektiv besteht auf Präsenz bei der Öffnung der Versiegelungen und der Auszählung der Stimmen, doch geschieht dies hinter verschlossenen Türen. Als die Unterschriftenverifikation ohne Angabe stichhaltiger Gründe in ein Militärcamp umgelagert wird, protestieren YASunidos vor dem CNE, jedoch wird ihre friedliche Blockade gewaltsam aufgebrochen. Am 6. Mai wird das Ergebnis öffentlich: Von den 757.623 eingereichten Stimmen wurden nur circa 370.000 anerkannt, zu wenig also für eine Volksabstimmung. Die Nachricht kommt für kaum noch jemanden überraschend. Nach den irregulären Vorfällen während der Auszählung war mit Manipulation der Testergebnisse gerechnet worden. Doch was nun? Am 22. Mai, ironischerweise am Welttag der Biodiversität, erteilte die Regierung Ecuadors der Ölfirma Petroamazonas die offizielle Förderlizenz für die Blöcke 31 und 43. Dass mit Rodungen und Vorbereitungsarbeiten schon längst angefangen wurde, steht auf einem anderen Blatt. Bedeutet das nun das Ende des Kampfes um die Erhaltung des Yasuní? YASunidos sagt Nein! Dem CNE liegt bereits eine Berufung vor, Petitionen wurden gestartet und das Kollektiv geht auch international auf die Suche nach Unterstützer\*innen. Vom 5. bis zum 15. Juni 2014 wird eine Delegation auch in Deutschland mit Infoveranstaltungen und Diskussionen auf die Missstände rund um das Thema Yasuní aufmerksam machen: Hier geht es inzwischen nicht mehr nur um die Erhaltung des Nationalparks, sondern auch um die Achtung demokratischer Rechte.

Auch in deutscher Sprache liegt eine Petition vor, ausgearbeitet von der Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich. Unter diesem Link geht's zur Unterschrift:

**<http://www.gfbv.at/amazonien-was-soll-uns-bleiben/>**

Dorothea Lipper-Ringler, Theko Menschenrechte und indigene Völker